

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Verkaufspreis: Bei Abholung in der Reichshauptstadt und den Ausgabestellen 2 RM, im Abonnement, bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM, bei Postbestellung 7 RM, zu täglich 10 Pfennigen. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Bestellen und unterrichten Sie zu jeder Zeit bei den Verkäufern. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen behält kein Käufer auf Verlangen die Abnahme des Bezugspreises. — Abbestellung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die kleinste Raumeinheit 20 Pfennig, die kleinste Zeile der ersten Spalte 40 Pfennig, die 3. Spalte 20 Pfennig, die 4. Spalte 15 Pfennig, die 5. Spalte 10 Pfennig. Nachweisungsgebühr 20 Pfennig. Wochentage und Feiertage 10 Pfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Angaben über den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für den Inhalt der Anzeigen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 262 — 90. Jahrgang Telegr.-Abz.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postbez.: Dresden 2640 Dienstag, den 10. November 1931

Schrumpfung der Wirtschaft.

Landwirtschaft, Grundbesitz und Industrie leiden unter zu hohen Zinssätzen; ihre Senkung ist ein anderes unerlässliches Mittel zur Herabsetzung der Produktionskosten, wenn wir nicht zu einer völligen Schrumpfung der deutschen Wirtschaft kommen wollen. Leider sagt dieser Satz in der Regierungserklärung vom 13. Oktober ebenfalls wenig über die Methoden und Wege, auf denen wir zu jenem Ziel „aufs innigste zu wünschen“ denn nun eigentlich hinkommen können, wie sich Dr. Brüning über das nähere in seiner großen Rede vor dem Reichsausschuss der Zentrumspartei geäußert hat. Zweifellos hat der Reichskanzler sich mit Absicht so zurückhaltend geäußert, denn es soll ja nun die Aufgabe eines besonderen Ausschusses des Wirtschaftsbeirats werden, jene Methoden und Wege ausfindig zu machen, auf denen man über eine Senkung des Zinssatzes für Kapital- und Kreditgeschäften zu einem Abbau der Erzeugungskosten und damit der Preise gelangen könnte. Wobei freilich gleich eingeschaltet werden muß — Dr. Brüning hat in seiner letzten Rede auch darauf hingewiesen —, daß sich vielfach die Preise von den Herstellungskosten der Waren „emanzipiert“ haben, daß Erzeugung und Handel infolge des Preisrückgangs der sinkenden Massenaufrüstung nicht mehr „auf ihre Kosten laufen“. Damit ist natürlich ein fortschreitender Substanzverlust am volkswirtschaftlichen Vermögen, also die „Schrumpfung der Wirtschaft“ als Folge verknüpft.

„Senkung der Zinssätze“ — das spricht und schreibt sich so einfach, das ist leicht und schnell als „Forderung“ aufgestellt. Um so schwerer aber ist es zu verwirklichen. Natürlich ist es wirtschaftlich anormal, wenn bei steigendem Geldwert der Zins nominal gleich hoch bleibt, also dem Werte nach steigt. Dann müßte er einen immer größer werdenden Teil der Erzeugungs- und Handelskosten ausmachen, besonders dann, wenn die Preise wirklich — „real“ — sinken. Die Anormalität wird aber ganz unerträglich, wenn die Zinssätze, wie wir in Deutschland dies nur allzu leicht durchleben und durchleben, sogar noch in die Höhe klettern und auf einem „überhöhten“ Niveau stehen bleiben, geradezu mörderisch sind. Aber mit den öffentlichen Lasten, den Steuern, Zöllen, Abgaben, Tarifen, Gebühren usw. ist es ebenso oder vielmehr noch viel schlimmer. Hier ist ja eine Verdoppelung und Verdrehung eingetreten und das steigert sich noch weiter im gleichen Verhältnis, wie der Wert des Geldes anwächst. Nicht bloß unter „zu hohen Zinssätzen“ leiden Landwirtschaft, Grundbesitz, Industrie und Handel, sondern mindestens ebenso oder noch weit mehr unter „zu hohen Steuern“. Auf diese letzteren kann die öffentliche Hand aber viel eher einen abnehmenden Einfluß ausüben als auf das heikle und sehr empfindliche Gebiet der Kreditwirtschaft und des dort geforderten „Preises“, nämlich des Zinses.

Denn Kapital und Kredit sind auch eine Ware, deren Preis sich nach Angebot und Nachfrage regelt. Leider aber wird die Höhe des Angebots — und damit des Preises — ganz wesentlich bestimmt durch das Risiko, das der Geldgeber bei der Ausleihung seines Vermögens übernimmt oder zu übernehmen glaubt. Dies Risiko läßt er sich entsprechend hoch bezahlen. Und wenn wir jetzt eine schwere Wirtschaftskrise durchmachen, wenn besonders in Deutschland die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse die Unsicherheit noch vermehren, das Risiko der Geldhergabe also noch größer machen, dann ist die Höhe des Zinssatzes bei uns zwar durchaus verständnisvoll, aber wenigstens zum Teil erklärlich. Die Senkung dieser Zinssätze und damit vielfach auch der Preise müßte eben vor allem von dem Vermögen ausgehen, jene Unsicherheit und die mit ihr verbundene Risikoprämie zu beseitigen, also die inneren Gründe für die Überhöhung der Zinssätze in Deutschland „Gegensätzliche Ermäßigung des Zinssatzes“ würde eine „Kaufkraftbewirtschaftung“ des Preises für den Kredit bedeuten und ebenso unmöglich sein wie sich etwa der auf dem Kreditmarkt maßgebende Diskontsatz der Reichsbank „kommandieren“ läßt. Aber mit einer „Kaufkraftbewirtschaftung“ der Preise haben wir ja derartige Erfahrungen gemacht, daß sie nicht gerade zu neuen Experimenten reizen sollten! Angebot besteht genug und übergenug, aber die Nachfrage sinkt. Und wenn diese unter dem Druck der sinkenden Kaufkraft steht, dann sinken ihr auch die Preise. Und die Erfahrung hat gelehrt, daß dies mehr oder weniger feierliche Ankündigung eines offiziellen „Preisabbaues“ zunächst einmal insofern zu schweren wirtschaftlichen Störungen und Störungen führt, als dann immer eine bewußte Kaufzurückhaltung, eine Art „Käuferstreik“ eintritt, soweit er sich irgendwie nur bewerkstelligen läßt. Das hat wieder zur Folge, daß die Unsicherheit in der Wirtschaft nur noch steigt, daß infolge mangelhafter werdenden Absatzes über den Handel bis zur Erzeugung zurück weitere Einschränkungen erfolgen und natürlich auch das Risiko bei der Kredithergabe, die Risikoprämie, beim Zins nicht gerade geringer wurde. Der Käufer hofft ja, später für das gleiche Geld mehr Ware zu bekommen bzw. die Ware billiger einzulösen zu können. Die wirtschaftlich so verhängnisvollen Folgen des Einkrumpfens der Massenaufrüstung werden also noch verstärkt durch bewußte Kaufzurückhaltung.

Es wird oft und mit recht so viel davon gesprochen,

Der Wirtschaftsbeirat hat das Wort

Wann kommt die Wintersnot-Notverordnung?

Kabinettsberatung über das Winterwirtschaftsprogramm. Das Reichskabinett hat die Richtlinien ausgearbeitet, die für die beiden Unterausschüsse des Wirtschaftsbeirates, die am Dienstag zusammentraten, maßgebend sein sollen. Die Aufgabe des einen Ausschusses besteht bekanntlich in der Verhandlung von Lohn- und Preistragen, während der andere Ausschuss sich mit der Zins- und Kreditfrage beschäftigt. In unentgeltlichen Arbeiten wird angenommen, daß es den beiden Ausschüssen gelingen wird, ihre Arbeiten noch im Laufe dieser Woche zu beenden, so daß der Wirtschaftsbeirat Anfang nächster Woche zusammenzutreten könnte, um die Ergebnisse der Ausschussarbeiten zu einem gemeinsamen Wirtschaftsprogramm zu vereinen, zu dem das Kabinett dann abschließend Stellung nehmen wird. Die schon seit langem erwartete Notverordnung über das Winterwirtschaftsprogramm dürfte dann im letzten Drittel des Monats November veröffentlicht werden.

Über Einzelheiten des Programms läßt sich noch nichts sagen, doch gilt es als wahrscheinlich, daß die Ausschüsse des Wirtschaftsbeirates sich u. a. mit der Frage der Verbilligung der Kredite durch Senkung der Reichsbankzinsen und der Zinsen für Wertpapiere, ferner mit einer etwaigen Änderung der Höhe, unter Umständen auch der Höhe für Lebensmittel, weiter der zeitweiligen Aufhebung der Kartellbindungen, der weiteren Senkung der Preise für Markenerzeugnisse und der Anpassung der Löhne und Gehälter an den herbeizuführenden niedrigeren Preisstand beschäftigen werden. Das letztere dürfte unter Umständen durch die spätere Gestaltung des bisherigen Tarifsystems erreicht werden. Wie diese Fragen im einzelnen gelöst werden, hängt jedoch von dem Gang der Beratungen ab.

Um die Senkung der Selbstkosten.

Die Ausgabe des Wirtschaftsbeirates. Ein Berliner Blatt wußte von einer bevorstehenden allgemeinen Preisentlastung von 20 Prozent zu berichten. An zuständiger Stelle wird hierzu erklärt, es sei kein Geheimnis mehr, daß die Reichsregierung auf eine fühlbare Senkung des Preisstandes hinarbeite. Der Reichskanzler habe erst kürzlich in seiner Rede vor dem Reichsausschuss der Deutschen Zentrumspartei auf die Notwendigkeit einer Senkung der Selbstkosten im Interesse der deutschen Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt hingewiesen, wobei er betont habe, daß diese Senkung natürlich nicht nur von der Lohnseite aus herbeigeführt werden dürfe. Reichsarbeitsminister Stegerwald habe sich in ähnlichem Sinne geäußert. Im übrigen, so wird an zuständiger Stelle weiter erklärt, sei es Aufgabe des Wirtschaftsbeirates, über die Mittel und Wege zur Erreichung dieses Zieles zu beraten. Welches Ausmaß einer Preisentlastung auf den verschiedenen Wirtschaftsbereichen erreicht werden könne, lasse sich zurzeit selbstverständlich noch nicht sagen, ebensowenig wie bereits heute Angaben über einen bestimmten Prozentsatz gemacht werden könnten.

Der krisenfeste Arbeiter.

Der Reichsfinanzminister über Staatsausgaben und Sozialversicherung. In einer Wahlversammlung der Staatspartei in der hessischen Landeshauptstadt Darmstadt sprach Reichsfinanzminister Dr. Dietrich. Er erklärte unter anderem: Wenn man die deutsche Krise betrachte, seien zwei Gebiete zu untersuchen: zunächst der Außenhandel und dann die Binnenwirtschaft. Für die Binnenwirtschaft sei es an sich gleichgültig, auf welchem Preisniveau sie sich entwickle, sofern nur die Verteilung des wirtschaftlichen Ertrages auf die verschiedenen Berufsgruppen in Ordnung sei. Entscheidend seien hier die Kosten der öffentlichen Hand, der Sozialversicherung

daß die deutschen Preise sich reichstens dem Niveau der Weltmarktpreise anreihen müßten. Aber nicht minder notwendig ist es, daß die von dem Stande der deutschen Massenaufrüstung diktierten oder zum mindesten stark beeinflussten Lohnpreise wieder den Anschluß an die Erzeugungskosten nehmen können, und zwar durch Ermäßigung jener „fixen“ Kostenteile, die vor allem den Endpreis bestimmen und bisher unverrückbar fest waren oder gar noch ansteigen. Das sind nicht bloß die Zinssätze, und wenn man vom Preisabbau redet, dann sollte der Staat nicht die „Preise“ anpassen, die er für seine Verwaltung oder seine Leistungen fordert.

und des Kapitals, d. h. der Zinsen. Die Kosten der Sozialversicherung fänden wir heute hauptsächlich in dem Aufwand für die Arbeitslosen.

Wir müßten daran denken, eine Entwicklung hervorzurufen, bei der ein krisenfester Arbeiter geschaffen werde, d. h. ein Arbeiter mit eigenem Häuschen und Land, den der Verlust der Arbeitsstelle nicht sofort beschwerlich mache. Was endlich die Kosten des Kapitals, d. h. die Höhe der Zinsen angeht, so seien hier gewalttame Eingriffe sehr zu überlegen.

Man müsse vor allen Dingen sehen, daß man die Zinsspanne herunterdrücke und dafür Sorge, daß das vorhandene Kapital richtig verteilt werde. Der Redner setzte sich dann mit aller Entschiedenheit

für eine mittelständische Politik ein, die in erster Linie in der Entlastung des Hausbesitzes bestehen müsse. Zur außen- und innenpolitischen Lage stellte er sich auf den Standpunkt, daß niemand in der Welt um der schönen Augen Deutschlands willen Politik mache. Für jedes Land seien nur die eigenen Interessen maßgebend.

Die Gefahren unserer Wirtschaft.

Reichsfinanzminister Dietrich in Frankfurt a. M. Vor einem von der Deutschen Staatspartei, Landesverband Hessen, geladenen Kreis sprach Reichsfinanzminister Dietrich. Er erklärte u. a., die Tributpolitik der Regierung sei durchaus gradlinig gewesen. Es sei ein nicht zu überbietender Vorteil, auf legalem Wege zu einer Einstellung der Tributzahlungen gekommen zu sein.

Im Zusammenhang mit der Nordwolle- und der Schultheiß-Pagendorfer-Angelegenheit betonte der Finanzminister, daß sich

die großen Wirtschaftsgebilde zu einer Gefahr für das Ganze ausgewachsen hätten, so daß eine Rückentwicklung unter Wahrung der nicht mehr lebensfähigen Gesellschaften notwendig sei.

Voraussetzung für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands sei jedenfalls, daß es weiter in die Weltwirtschaft eingeschaltet bleibe. Bestimmte Vorschläge hierzu von Seiten Deutschlands könnten nicht erwartet werden, da es richtiger sei, diese Dinge sich zwangsläufig entwickeln zu lassen.

Die Regierung sei zwar nicht in der Lage, das goldene Zeitalter hervorzuzaubern, aber sie könne den Zusammenbruch verhindern. In diesem Ziel mitzuarbeiten, sei die Pflicht jedes einzelnen.

In der Aussprache beantwortete der Reichsfinanzminister die Frage der Preis- und Zinssenkung dahin, daß die Kaufkraft der Mark unverändert erhalten werden müsse.

Eine Gehaltsentlastung sei nur auf der Generallinie einer allgemeinen Preisermäßigung möglich.

Die Frage der Kartellpreiskontrolle sei jetzt in Angriff genommen. Im Zusammenhang hiermit stehe die Zinssenkungsfrage. Hier sei das Wesentliche die Disziplinierung der Reichsbank, die aber bedauerlicherweise heute nicht ganz frei in ihren Entschlüssen sei.

Zu lösen sei die zu große Zinsspanne im Osten, wo der Landwirtschaft von Geldinstituten, die das Geld zu 6 Prozent aus öffentlichen Mitteln erhielten, Zinsen von 14 bis 18 Prozent aufgebürdet seien. Hier sei es nötig, das Gesunde zu erhalten und an dem Kranken nicht mehr zu praktizieren.

Eine Zinssenkung werde erst möglich sein, wenn die Hauszinssteuer um mehr als 20 Prozent abgebaut würde.

Die Ansiedlung der Erwerbslosen.

Warnung vor zu hoch gespannten Erwartungen. Im Reichstag trat der Ausschuss für landwirtschaftliches Ziedlungswesen zusammen. Im Beratungsgespräch über die landwirtschaftliche Ziedlung, die vorstadiische Kleinansiedlung und über die Verteilung von Arbeitslosen in Erwerbslosen. An der Sitzung des Ziedlungsausschusses nahm auch der kürzlich ernannte Reichskommissar für die Ziedlungsstellen, Dr. Saaken teil. Der Reichskommissar gab den Ausschussmitgliedern einige Hauptpunkte der Richtlinien, die er erst am Freitag der Öffentlichkeit übergeben will, bekannt. Er erklärte u. a., man dürfe die Erwartungen nicht zu hoch spannen und nannte eine Zahl von 2000 Erwerbslosen, die zunächst einmal im Wege der vorstadiischen Kleinansiedlung untergebracht werden sollten. Nach dem halbamtlichen Bericht sind die Maßnahmen der Ansiedlung von den Mitgliedern des Ausschusses im allgemeinen begrüßt worden, aber daß man sich jedoch einen nennenswerten über das Maß der Hilfe im eigenen Haushalt hinausgehenden wirtschaftlichen